

Man soll nicht das Kind mit dem Bad ausschütten: Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Volkswirtschaftslehre

Die überwiegende Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler wurde zwar nicht vom Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007, wohl aber von deren Ausmass sowie insbesondere von der sich anschliessenden grossen Wirtschaftskrise überrascht. Sie haben zwar nicht die Selbstheilungskräfte des Marktes, wohl aber deren gesellschaftliche Kosten unterschätzt. Der Ausbruch der Wirtschaftskrise führte innerhalb wie ausserhalb der akademischen Welt zu einer intensiven Diskussion über mögliche Schwachpunkte der modernen Wirtschaftstheorie und die Mitverantwortung der Ökonomen für diese Krise. An ihr haben z.B. auch der damalige deutsche Bundespräsident, Horst Köhler, sowie die englische Königin Elisabeth II teilgenommen.

Die Reaktionen der Ökonomen waren sehr unterschiedlich. Einige, wie z.B. Nobelpreisträger Robert Lucas, schlossen ein Versagen der Wirtschaftstheorie aus; sie gaben zwar zu, dass, z.B. bei der Behandlung der Hypotheken in den Vereinigten Staaten, Fehler passiert seien. Dass Menschen Fehler machen, könne man jedoch nicht der Theorie ankreiden. Andere, wie z.B. Nobelpreisträger Josef Stiglitz, machten die moderne makroökonomische Theorie verantwortlich und forderten eine Rückkehr zu keynesianischen Ideen, wie sie in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg das Denken der Ökonomen beherrscht haben. In Deutschland schliesslich gab es eine erhebliche Gruppe von Ökonomen, die forderten, man solle sich vom Irrweg der angelsächsisch dominierten mathematisch-empirischen Ausrichtung abkoppeln und zurückkehren zur deutschen Ordnungsökonomik eines Walter Eucken. Diese Diskussion ist im Jahr 2010 abgeflaut, scheint aber jetzt wieder aufzubrechen.

Wo hat es Fehler gegeben?

Dass auch den Ökonomen Fehler passiert sind, lässt sich kaum bestreiten. So ging z.B. nach Ausbruch der Finanzkrise kaum ein Ökonom davon aus, dass daraus eine Wirtschaftskrise dieses Ausmasses entstehen könnte. Schliesslich hatte man in den Jahrzehnten davor eine ganze Reihe auch schwerer Finanzkrisen erlebt, und keine hatte zu derart negativen Konsequenzen geführt. So prognostizierte die OECD noch im Juni 2008 für alle ihre Länder ausser Island positive Wachstumsraten für die Jahre 2008 und 2009. Tatsächlich sollten diese Jahre als die Zeit der schwersten Rezession seit den dreissiger Jahren in die Geschichte eingehen. Die sich an die Wirtschaftskrise anschliessende Verschuldungskrise wurde andererseits von vielen Ökonomen vorausgesagt und stellt insofern keine Überraschung dar.

Fragt man, in welchen Bereichen ein Versagen festgestellt werden kann, sind vor allem die Finanzmarkttheorie und die makroökonomische Theorie zu nennen. Die Risikomodelle, die gelehrt und verwendet wurden, waren offensichtlich fehlerhaft. Viele dieser Modelle verwenden die Normalverteilung zur Abbildung des Risikos. Dabei ist seit langem bekannt, dass die Normalverteilung die Wahrscheinlichkeit extremer Ereignisse unterschätzt. Mit Hilfe der Verbriefung sollten Hypotheken schlechter Bonität aufgeteilt und mit anderen Hypotheken (ähnlich schlechter Qualität) verbunden werden, um deren Risiko einzugrenzen. Dies ist für ein einzelnes Risiko möglich, aber es ändert nichts am möglichen ‚systemischen Risiko‘. Dementsprechend wurden von den Ratingagenturen Papiere, denen sie vor der Finanzkrise höchste Bonität zugesprochen hatten, nach Ausbruch der Krise als Ramsch eingestuft. Hier lagen offensichtlich Versäumnisse sowohl im Bereich der Theorie als auch in deren praktischer Anwendung vor.

In der makroökonomischen Theorie ging man bis vor der Krise davon aus, dass wir in einer Zeit der ‚Grossen Mässigung‘ (‚great moderation‘) leben. Diese Überzeugung speiste sich daraus, dass in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahrzehnten nur noch geringe Schwankungen im Wirtschaftsablauf zu beobachten waren und gleichzeitig die Inflation niedrig blieb. Man glaubte, dass dies auch in Zukunft so sein würde. Dabei betrachteten die vorherrschenden makroökonomischen Modelle nur die ‚reale‘ Wirtschaft; deren Verbindung zum Finanzsektor wurde nicht beachtet. Dementsprechend konnten diese Modelle auch nicht abbilden, wie eine Finanzkrise sich zur allgemeinen Wirtschaftskrise ausweiten kann.

Auf diese Fehler wurde reagiert. Dies gilt z.B. für die makroökonomische Theorie. Die Bedeutung der Finanzmärkte für die wirtschaftliche Entwicklung ist ein Thema der makroökonomischen Theorie geworden. Zudem dürfte die Annahme der grossen Mässigung kaum mehr vertreten werden; vielmehr wird die Frage, wie Krisen entstehen und welche Bedeutung sie für den Wirtschaftsablauf haben, wieder vermehrt diskutiert. Schliesslich besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der historischen Betrachtung in Lehre und Forschung wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. Dies wird auch dadurch gefördert, dass es eine junge Generation von Wirtschaftshistorikern gibt, die nicht nur Historiker sind, sondern sich auch in der ökonomischen Theorie auskennen und damit Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie miteinander verbinden können.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle des Staates. Die Tendenz zur Deregulierung und Privatisierung, die wir seit den siebziger Jahren beobachten konnten, hat sich als sehr viel problematischer erwiesen, als die meisten Ökonomen damals glaubten. Nicht umsonst ist heute die Re-Regulierung z.B. der Finanzmärkte ein politisch heisses Thema. Andererseits sollte die derzeitige Schuldenkrise zur Vorsicht mahnen: Der Staat kann kaum alles leisten, was jene, die die Rückkehr zu traditionellen keynesianischen Konzepten fordern, von ihm erwarten. Wir sollten seine Möglichkeiten kritisch einschätzen: sie weder unter- noch überschätzen.

Was bleibt? – Der ökonomische Ansatz

Wir haben somit (zumindest) in einigen Bereichen Nachbesserungsbedarf, und hier tut sich auch einiges. Dies bedeutet jedoch nicht, dass damit der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens grundsätzlich gescheitert wäre. Wir erklären menschliches Verhalten, indem wir es zu verstehen suchen: Wir unterstellen den Individuen, dass sie Intentionen (Präferenzen, Ziele) haben, dass sie eine, wenn auch beschränkte und gelegentlich auch falsche Vorstellung ihrer Handlungsmöglichkeiten haben, und dass sie jene Handlungsalternative wählen, von der sie annehmen, dass sie ihren Intentionen am ehesten entgegen kommt. Dabei werden sie viele Handlungen routinemässig vollziehen, aber sie sind lernfähig und werden ihr Verhalten ändern, wenn sie unerwünschte bzw. bisher nicht berücksichtigte negative Konsequenzen erleben. Dabei handeln sie typischerweise in einem sozialen Umfeld, d.h. ihre Handlungen beziehen sich auf andere Individuen, die ebenfalls handeln; es handelt sich um Interaktionen. Gesellschaftliches Handeln ergibt sich aus dem Zusammenwirken dieser Handlungen, was nicht als einfache Addition verstanden werden darf. Vielmehr sind die nicht-intendierten gesellschaftlichen Konsequenzen individuellen Handelns das eigentliche Untersuchungsgebiet einer Sozialwissenschaft und damit auch der Wirtschaftswissenschaften. An der Brauchbarkeit dieses Erklärungsansatzes, der zu seinen Vätern Adam Smith genauso wie Max Weber zählen darf, hat die Wirtschaftskrise nichts geändert.

Man spricht in diesem Zusammenhang vom ‚methodologischen Individualismus‘, da die Individuen und nicht Gruppen eigentliche Träger der Handlungen sind. Dabei wird nicht verkannt, dass diese Individuen nicht isoliert handeln und dass sich z.B. gruppenspezifische Prozesse ergeben können, deren gesellschaftliche Ergebnisse den ursprünglichen Intentionen der Individuen widersprechen. Ein klassisches Beispiel dafür ist das auf John Maynard Keynes zurückgehende Sparparadox: Wenn alle Mitglieder einer Gesellschaft für sich beschließen, mehr sparen zu wollen, kann es (unter bestimmten Umständen) dazu kommen, dass insgesamt weniger gespart wird.

Was bleibt? – Die Rolle der Mathematik

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch nichts an der Sinnhaftigkeit des Einsatzes mathematisch-statistischer Methoden in den Wirtschaftswissenschaften geändert. Mathematik ist eine formale Sprache, die es erlaubt, die Bedingungen, unter denen Aussagen Gültigkeit haben, exakt aufzuzeigen. Dies mag hinderlich sein, wenn man sowieso zu wissen glaubt, wie die Welt funktioniert und sich deshalb auf detailliertere Analysen gar nicht mehr einlassen will. Es ist zwar richtig, dass es in der theoretischen Ökonomie viele Arbeiten gibt, bei denen die wirtschaftspolitische Relevanz hinter dem aufwendigen (und teilweise auch sehr eleganten) mathematischen Apparat verschwindet. Aber auch wenn man darin einen Missbrauch mathematischer Verfahren sehen will, ergibt sich daraus keine Rechtfertigung, die Mathematisierung der Wirtschaftswissenschaften generell abzulehnen.

Die Mathematik ist darüber hinaus unverzichtbar, sobald man theoretische Aussagen an der Wirklichkeit überprüfen will. Es ist Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, zu erklären, wie der Wirtschaftsablauf vor sich geht. Dabei geht es insbesondere auch darum, welche Auswirkun-

gen wirtschaftspolitische Massnahmen haben und welche gesellschaftlichen Konsequenzen sich als Folge bestimmter Institutionen, wie z.B. unserer direkten Demokratie und unseres Föderalismus, ergeben. So haben neuere Untersuchungen ergeben, dass viele der Massnahmen der ‚aktiven Arbeitsmarktpolitik‘ wirkungslos sind, und für die Kantone der Schweiz konnte gezeigt werden, dass Schuldenbremsen ein effektives Mittel zum Erreichen einer nachhaltigen Finanzpolitik sind. Da wir für solche Analysen nur sehr beschränkt Experimente durchführen können, benötigen wir mathematisch-statistische Verfahren, um zu abgesicherten Aussagen zu gelangen. Aber auch zur Auswertung von Experimenten bedarf es solcher Verfahren.

Wirtschaftswissenschaft als verstehende Sozialwissenschaft

Wenn die Wirtschaftswissenschaft sich weiter als Realwissenschaft verstehen will, deren Aufgabe es ist, die Wirklichkeit zu erklären, wird sie um den Einsatz mathematisch-statistischer Verfahren nicht herumkommen. Eine Ablehnung dieses Vorgehens im Sinne einer wie auch immer definierten ‚kulturwissenschaftlichen Perspektive‘ mag zwar zu interessanten Erzählungen führen und damit der Bildung von Hypothesen dienlich sein, aber sie führt nicht zu belastbaren Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge. Dabei ist der Ansatz einer verstehenden Sozialwissenschaft im Sinne von Max Weber, wie er dem ökonomischen Vorgehen zugrunde liegt, nicht die einzig mögliche sozialwissenschaftliche Vorgehensweise; sie steht in Konkurrenz zu anderen Ansätzen, wie z.B. der Systemtheorie eines Niklas Luhman. Der ökonomische Ansatz hat sich insbesondere bei der Analyse wirtschaftlicher Prozesse bewährt, aber er findet heute auch in anderen Sozialwissenschaften, wie z.B. der Soziologie und der Politikwissenschaft, breite Anwendung. Dabei sollten wir gegenüber Erkenntnissen anderer Sozialwissenschaften weiterhin offen sein; wir konnten z.B. von der Psychologie (insbesondere im Rahmen der experimentellen Ökonomie) in den letzten Jahrzehnten vieles über das Verhalten der Menschen lernen: Individuen verhalten sich bei Weitem nicht immer so, wie in den mikroökonomischen Einführungslehrbüchern unterstellt wird; sie sind nur beschränkt rational und folgen auch nicht ausschliesslich ihren eigenen Interessen. Inwieweit daraus wirtschaftspolitische Konsequenzen gezogen werden können, wird derzeit in unserer Profession z.B. in Zusammenhang mit dem Konzept des ‚sanften Paternalismus‘ ausführlich und kontrovers diskutiert.

@ Gebhard Kirchgässner

Eine kürzere Fassung dieser Arbeit erschien am 18. 4. 2012 in Tagesanzeiger online in der Reihe ‚Ökonomie in der Krise‘ unter dem Titel ‚Die Reform hat bereits begonnen‘.

http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Die-Reform-hat-bereits-begonnen/story/25463075?dossier_id=1402